

Gemeinsame Pressemitteilung



BUNDESPOLIZEI

Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt -Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit-

Raaberg 6
24576 Bad Bramstedt

Kontakt: **PHK Torsten Tamm**
Mobil: **0170 / 5524591**
Tel.: **03831 / 28432 - 807**
Tel.: **04192 / 502 - 1010**
Fax.: **04192 / 502 - 9020**
E-Mail: torsten.tamm@polizei.bund.de
DE-Mail: presse.badbramstedt@polizei.bund.de



Hauptzollamt Stralsund -Stabsstelle Kommunikation-

Hiddenseer Straße 2
18439 Stralsund

Kontakt: **Matthias Klotsch**
Tel.: **03831 / 356 - 1195**
Fax.: **03831 / 356 - 1123**
E-Mail: presse.hza-stralsund@zoll.bund.de
DE-Mail: poststelle.hza-stralsund@zoll.de-mail.de



Staatsanwaltschaft Stralsund -Pressestelle-

Frankendamm
18439 Stralsund

Kontakt: **Oberstaatsanwalt Martin Cloppenburg**
Tel.: **03831 / 205 - 544**
Fax.: **03831 / 205680**
E-Mail: pressesprecher@sta-stralsund.mv-justiz.de

Durchsuchungen auf Rügen nach Ermittlungen wegen des Verdachts gewerbsmäßiger Einschleusung und Schwarzarbeit

Im Rahmen eines bei der Staatsanwaltschaft Stralsund anhängigen Ermittlungsverfahrens erfolgte am gestrigen Abend (4. September 2019) ein Einsatz gegen zwei mutmaßlich gewerbsmäßige Schleuser. In den Abendstunden durchsuchten rund 140 Beamte der Bundespolizei und der Zollverwaltung im Auftrag der Staatsanwaltschaft Stralsund insgesamt acht Objekte in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen.

Die Bundespolizei und der Zoll führten zeitgleich Einsatzmaßnahmen in Wohnungen und Restaurants in Binz auf Rügen sowie in Elsterwerda (Brandenburg) und Riesa (Sachsen) durch. Hierbei kamen Kräfte der Bundespolizeiinspektionen Stralsund und Dresden, des Hauptzollamtes Stralsund sowie der Bundespolizeiabteilung Blumberg zum Einsatz. Bei den Durchsuchungen konnten vier unerlaubt aufhältige Personen, zwei albanische und zwei mazedonische Staatsangehörige, festgestellt und umfangreiches Beweismaterial aufgefunden und sichergestellt werden. Hierbei handelte es sich unter anderem um Geschäftsunterlagen, Bescheinigungen, Computer und Speichermedien.

Die Durchsuchungsmaßnahmen erfolgten im Rahmen umfangreicher parallel geführter Ermittlungsverfahren der Bundespolizeiinspektion Stralsund und des Hauptzollamtes Stralsund. Die Verfahren richten sich gegen zwei aus Mazedonien stammende Täter. Die Männer stehen im Verdacht, für unerlaubt eingereiste albanische und mazedonische Staatsangehörige den Aufenthalt und eine nicht selbständige (illegale) Arbeitsaufnahme im gastronomischen Gewerbe organisiert zu haben. Hierzu sollen sie den Drittausländern den Aufenthalt im Bundesgebiet und die illegale Arbeitsaufnahme ermöglicht, sie zu ungünstigen Arbeitsbedingungen beschäftigt und ihnen Arbeitsentgelt vorenthalten haben.

Die Taten werden mit Freiheitsstrafen bis zu 10 Jahren geahndet. Es gilt die Unschuldsvermutung.